



Wir versorgen Deutschland

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Thüringen 2024

**Alle Fragen von WvD zur Gesundheitspolitik im Bereich der Hilfsmittelversorgung
und die zugehörigen Antworten der Parteien.**

Einleitung

Etwa ein Viertel der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung benötigt eine Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln. Eine qualitativ hochwertige Hilfsmittelversorgung durch die Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke ist ein wichtiger Baustein für die Sicherung der Teilhabe und Lebensqualität der betroffenen Patientinnen und Patienten. Sie gewährleistet den Erfolg von Krankenbehandlungen, beugt drohenden Behinderungen vor oder gleicht bereits bestehende Handicaps aus.

Mehr als 120.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mehr als 8.000 Leistungserbringer in den Bereichen Orthopädietechnik, Orthopädieschuhtechnik, Reha-Technik und Homecare verantworten die wohnortnahe und qualitätsgesicherte Versorgung dieser Patientinnen und Patienten in Deutschland. Sie tragen damit entscheidend zur Entlastung des Gesundheitssystems, insbesondere im Bereich der Pflege und der Krankenhausversorgung, bei.

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird die Bedeutung einer qualitätsgesicherten, wohnortnahen Hilfsmittelversorgung in Zukunft noch weiter zunehmen.

Sicherung der Versorgung

1) Welche Maßnahmen und Reformen plant Ihre Partei angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen, um in Thüringen auch künftig eine hochwertige, wohnortnahe Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln durch die Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke zu sichern?

Linke

Wir wollen die Stellung von Sanitätshäusern und Gesundheitshandwerken weiter stärken, indem wir zielgerichtete Maßnahmen einleiten, die vor allem den Konkurrenzdruck zwischen diesen Berufszweigen und den anderen medizinischen Heilmittelanbietern, wie Apotheken, verringern.

CDU

Hinweis: Die Antworten der CDU ging erst nach der gesetzten Rückmeldefrist ein und wurden nachträglich ergänzt.

Für uns ist klar: Eine gute medizinische Versorgung darf kein Privileg der Städte oder des Einkommens sein. Zugleich wissen wir, dass die Ausgaben des Gesundheitswesens aus den Beitragsmitteln der Versicherten bezahlt werden müssen.

Wir sind überzeugt, dass eine gleich gute Gesundheitsversorgung in Stadt und Land wesentlich für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Thüringen ist. Deshalb setzen wir uns für eine flächendeckende Grund- und Notfallversorgung ein. In 20 Minuten beim Arzt und in der Apotheke,



zusätzlich Landschwestern und Gemeindepflegerkräfte als Ansprechpersonen vor Ort, das ist Teil unseres 20-Minuten-Versprechens.

Unser Ziel ist es, die medizinische Grundversorgung im ländlichen Raum flächendeckend zu sichern und bestehende Versorgungslücken zu schließen. Der Hausarzt muss die erste Anlaufstelle bleiben. Ebenso wie der Kinder-, Frauen- und Zahnarzt und die Apotheke darf er nicht länger als 20 Minuten entfernt sein.

Wenn ambulante und stationäre Versorger ihre jeweiligen Stärken und Ressourcen einbringen, profitiert davon vor allem der Patient. Alle Möglichkeiten einer sektorenübergreifenden Versorgung werden wir nutzen.

SPD

Um eine wortortnahe und flächendeckende Versorgung zu gewährleisten wollen wir als SPD Thüringen überall gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen und die Ausbildungen und Berufe des Gesundheitshandwerks attraktiv machen. Nur so können wir sicherstellen, dass sich junge Menschen für diesen Beruf entscheiden, ihn lange ausüben und sich auch in ländlichen Regionen niederlassen. Dazu ist es u.a. notwendig, für das Gesundheitshandwerk zu werben, die Zusammenarbeit zwischen Sanitätshäusern, Gesundheitshandwerk und Gesundheitseinrichtungen zu stärken und – analog zum begrüßenswerten Bürokratieabbaupaket der Bundesregierung – bürokratische Regelungen auf Landesebene zu prüfen und gegebenenfalls zu vereinfachen.

Grundlage für den Bestand einer hochwertigen, wohnortnahen Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln durch Sanitätshäuser und Gesundheitswerke ist eine auskömmliche Vergütung der erbrachten Leistungen. Es ist zu prüfen, ob das aktuelle wettbewerbsbasierte Vertragsmodell geeignet ist, um eine hochwertige, qualitätsgesicherte und wohnortnahe Versorgung sicherzustellen. Die Ergebnisse des Sonderberichts des Bundesamts für Soziale Sicherung (BAS) und mögliche Reformvorschläge werden aktuell von uns ausgewertet und diskutiert. Darüber hinaus setzen wir uns für eine grundsätzliche Reform der GKV-Finanzierung ein. Insbesondere die Verbreiterung der Einkommensbasis z.B. durch eine Anhebung der Beitragsbemessungsobergrenze halten für dringend geboten.

Grüne

Wir wollen dafür sorgen, dass Thüringen attraktiver für alle Menschen wird, sodass sich Menschen – auch aus anderen Ländern – gern bei uns niederlassen. Gemeinsam müssen wir Absolvent*innen aus den Gesundheitsberufen wie Medizin, Physiotherapie und Pharmazie dazu motivieren, in Thüringen Praxen und Dorfapotheken zu übernehmen sowie die Nachfolge attraktiv machen, zum Beispiel durch die finanzielle Unterstützung bei Praxiseröffnungen oder -übernahmen. Genauso müssen wir uns auch dafür stark machen Sanitätshäuser und andere Gesundheitshandwerke in Thüringen zu sichern. Denn auch sie sind Teil einer funktionierenden Gesundheitsversorgung vor Ort. Dafür nehmen wir auch die Lebensbedingungen im Land in den Blick und setzen uns für eine Stärkung des ländlichen Raums und kleiner Städte ein.

Diese Förderung ist nötig, um eine flächendeckende medizinische Versorgung sicherzustellen. Dazu muss eine detaillierte Bedarfsplanung für alle Gesundheitsbereiche in allen Thüringer Regionen

erarbeitet werden. Auch Förderprogramme für Vereine, gemeinnützige GmbHs, Genossenschaften und Stiftungen im medizinischen Bereich können dabei sinnvoll unterstützen. Neue Versorgungsstrukturen müssen wir erproben und etablieren. Auch Sanitätshäuser sollten in regionalen Versorgungszentren integriert sein, um gebündelt und kooperativ Leistungen anbieten zu können.

Damit der ländliche Raum attraktiv bleibt, muss es eine flächendeckende, bedarfsgerechte Infrastruktur geben, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Dazu gehören gut ausgebaute Mobilitätsangebote, genügend Kindergarten- und Schulplätze, Einkaufsmöglichkeiten, vielfältige Kulturangebote etc.

FPD

Bis zum Ende der von uns angegebenen Rückmeldefrist ist keine Antwort der Partei bei uns eingegangen.

Fachkräftemangel

2) In der WvD-Branchenumfrage 2024 gingen über 80 Prozent der Betriebe von einer künftigen Verschärfung des Fachkräftemangels aus. Wie will Ihre Partei dem Fachkräftemangel im Bereich der Gesundheitshandwerke und Sanitätshäuser begegnen? Welche Maßnahmen planen Sie?

Linke

Wir wollen uns auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass die Vergütungssätze von den Krankenkassen erhöht werden, denn diese sind oftmals viel zu wenig um einen laufenden Betrieb langfristig abzusichern. Ebenso wollen wir uns dafür einsetzen, dass der bürokratische Aufwand verringert wird.

CDU

Hinweis: Die Antworten der CDU ging erst nach der gesetzten Rückmeldefrist ein und wurden nachträglich ergänzt.

Wir wollen unsere jungen Menschen in Thüringen halten und sie für einen Beruf im Gesundheits- oder Pflegebereich begeistern. Dazu werden wir die Ausbildungs- und Studienkapazitäten in den Gesundheitsberufen erhöhen. Außerdem bekennen wir uns zu notwendigen Neubauten und Investitionen, um die Kapazitäten beispielsweise im Bereich der Zahnmedizin und Pharmazie zu erhöhen. Entsprechende Investitionsmittel wollen wir bereitstellen. Zwischenzeitlich notwendige Studienplatzkapazitäten werden wir an anderen Hochschulen kurzfristig zukaufen.

SPD

Das Handwerk hat in Deutschland eine zentrale Bedeutung. Insbesondere die Gesundheitshandwerke spielen eine essentielle Rolle bei der Versorgung einer alternden

Bevölkerung. Leider sind die Gesundheitshandwerke – ähnlich wie viele andere Branchen – vom Fachkräftemangel betroffen. Die SPD hat deshalb bereits Maßnahmen ergriffen. Im Juli 2023 wurde das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen. Es sieht vor, dass bestehende Hürden abgebaut und die Verdienstgrenze für die Blaue Karte abgesenkt werden. Wer zwei Jahre Berufserfahrung und einen Abschluss im Heimatland hat, kann als Fachkraft nach Deutschland kommen. Neu eingeführt wird eine Chancenkarte mit einem Punktesystem. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Ausbildung gesellschaftlich wieder besser anerkannt wird. Die SPD bekennt sich ganz klar zum Erhalt und zur Stärkung des deutschen dualen Ausbildungssystems.

Grüne

Der allgegenwärtige Fachkräftemangel wird in den nächsten Jahren in Thüringen mit einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung ein großes Problem. Außer den gemeinsamen Anstrengungen von Land, freien Trägern und Berufsvertretungen zur weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Erhöhung der Tarifbindung muss auch eine Willkommenskultur in Thüringen etabliert werden, in der sich Menschen aus anderen Gegenden oder anderen Ländern wohlfühlen. Ohne eine Zuwanderung aus dem Ausland wird sich die Fachkräftesituation nicht stabilisieren. Zugewanderte Menschen müssen außerdem einen leichteren Zugang zu Ausbildungsangeboten erhalten und ihre Abschlüsse müssen schneller anerkannt werden.

Neben diesen Faktoren muss aber auch generell die Arbeit der Berufsgruppe größere Anerkennung erfahren, die sich auch finanziell auszahlen muss. Auch die Attraktivität von medizinischen Berufen muss durch flexiblere Arbeitszeitregelungen und -reduzierungen und durch einen leichteren Zugang zur Ausbildung und Qualifizierung von bisherigen Hilfskräften erhöht werden. Darüber hinaus wollen wir die Attraktivität von Ausbildungen erhöhen, unter anderem durch flächendeckende möglichst kostenfreie Wohnheimplätze, kostenfreien ÖPNV für Auszubildende sowie Lernmittelfreiheit. Auch eine bessere berufliche Orientierung kann helfen, junge Menschen auf dieses Berufsfeld aufmerksam zu machen.

FPD

Bis zum Ende der von uns angegebenen Rückmeldefrist ist keine Antwort der Partei bei uns eingegangen.

3) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Gesundheitshandwerke bzw. Expertinnen und Experten der Leistungserbringer mit ihrer Expertise bei Fragen der Hilfsmittelversorgung in die Struktur der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen verbindlich einbezogen werden?

Linke

Wir wollen uns dafür einsetzen.

CDU

Hinweis: Die Antworten der CDU ging erst nach der gesetzten Rückmeldefrist ein und wurden nachträglich ergänzt.

Dabei handelt es sich um eine Bundesthematik, zu der wir derzeit keine Maßnahmen auf Landesebene geplant haben.

SPD

Ja, die SPD Thüringen begrüßt, dass die Bundesregierung mit der Reform des G-BA den Gesundheitsberufen weitere Mitsprachemöglichkeiten einräumt. Hierdurch werden auch die Entscheidungen der Selbstverwaltung beschleunigt und die Patientenvertretung gestärkt.

Die Verbände können sich derzeit bereits im Stellungnahmeverfahren zu Änderungen der Hilfsmittel-Richtlinie beim G-BA einbringen. Dies gilt unter anderem für das laufende Verfahren zur Hilfsmittelversorgung für Menschen mit komplexen Behinderungen. Das schriftliche und mündliche Stellungnahmeverfahren zur vorgesehenen Änderung der Richtlinie wird voraussichtlich im Sommer 2024 stattfinden. Darüber hinaus ist keine verpflichtende Einbeziehung der Leistungserbringer vorgesehen. Dies hat den Hintergrund, dass eine Ausweitung der Anzahl der Mitglieder des G-BA aus unserer Sicht nicht zu einer Verbesserung und Beschleunigung der Prozesse beiträgt.

Grüne

Politik muss diejenigen miteinbeziehen, die von den jeweiligen politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen sind. Deshalb setzen wir Bündnisgrüne in allen Politikbereichen auf den regen und konstruktiven Austausch mit Vertreter*innen der jeweiligen Berufsgruppen. Denn eine gute Gesundheitsversorgung funktioniert nur, wenn alle Beteiligten gut und auf Augenhöhe miteinander kooperieren. Um Lösungen für aktuelle Probleme zu finden, müssen alle Beteiligten an einen Tisch. Dabei sollten auch Vertreter*innen des Gesundheitshandwerks beteiligt werden.

FPD

Bis zum Ende der von uns angegebenen Rückmeldefrist ist keine Antwort der Partei bei uns eingegangen.

Bürokratie

- 4) In der WvD-Branchenumfrage 2024 gaben ca. 70% der Betriebe der Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke an, über 30% der Arbeitszeit in der Hilfsmittelversorgung für Bürokratie- und Dokumentationspflichten aufzuwenden. Welche Ansätze hat Ihre Partei, um die Bürokratielast zu verringern?**

Linke

Insbesondere die Telematikstrukturen und die Schnittstellenarchitekturen müssen verbessert werden. Auch eine mangelnde technische Ausstattung zur Umsetzung des Digitalisierungsgesetzes der Bundesebene ist oftmals ein hinderlicher Grund. Hier wollen wir Abhilfe leisten.

CDU

Hinweis: Die Antworten der CDU ging erst nach der gesetzten Rückmeldefrist ein und wurden nachträglich ergänzt.



Mehrfache Statistik-, Melde- und Dokumentationspflichten rauben wertvolle Zeit, die für die Behandlung von Patienten fehlt. Wir wollen das Leben der Menschen wieder einfacher machen und überflüssige Bürokratie abschaffen. Anstelle von sinnloser und überbordender Bürokratie setzen wir auf Verantwortung und Vertrauen. Dazu werden wir unter anderem die bestehenden landesgesetzlichen Regelungen auf Bürokratieabbaumöglichkeiten überprüfen und eine Aufgabenkritik durchführen.

Außerdem wollen wir Mehrfacherhebungen durch eine bessere Koordination der Behörden verhindern und mit einer digitalen Plattformlösung weniger Wiederholungen und mehr Flexibilität für die befragten Betriebe sicherstellen.

SPD

Die SPD Thüringen begrüßt das Bürokratieabbaupaket der Bundesregierung und die geplante Überprüfung überholter Dokumentationspflichten. Dies gilt z.B. für das Zulassungssystem der Präqualifizierung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Präqualifizierung im kommenden Entbürokratisierungsgesetz entschlackt werden soll. Darüber hinaus streben wir eine Reduzierung der Pflichten zur Dokumentation an. Weitergehend sind Vereinfachungen im Vertragswesen etwa durch die Einführung von Leitverträgen zu diskutieren. Abschließend müssen wir die Potenziale, welche die Digitalisierung im Hilfsmittelbereich besser nutzen. Dazu gehört auch, dass Prozesse vollständig digitalisiert werden und keine Hybridstrukturen entstehen. In diesem Rahmen streben wir mittelfristig auch die Anbindung der Leistungserbringer an die Telematikinfrastruktur an. Denn insbesondere die Digitalisierung erleichtert und beschleunigt viele Prozesse. Dem müssen auch die gesetzlichen Regelungen Rechnung tragen, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlasten und um Zeit und Freiräume für die eigentliche Arbeit zu schaffen. Entsprechende Anpassungen der Dokumentationspflichten wollen wir auch in Thüringen prüfen.

Grüne

Die Bürokratie und der Verwaltungsaufwand sind in vielen Bereichen in Deutschland zu hoch. Auch im Gesundheitssektor binden diese unnötig viel Zeit und Personal. Eine Reform der Strukturen und Prozesse ist dringend notwendig, um regulatorische Vorgaben zu vereinfachen und unnötige Prozesse abzuschaffen. Um das zu ändern, müssen alle beteiligten Akteur*innen eingebunden werden.

Die Digitalisierung bietet große Potenziale für das Gesundheitswesen und für die Patient*innen. Bislang allerdings fehlt eine Digitalisierungsstrategie für das Gesundheitswesen. Im Zuge der konsequenten Digitalisierung muss auch die Chance genutzt werden, um Prozesse zu verschlanken und unnötige Bürokratie abzubauen. Zusätzlich setzen wir auf „Praxischecks“, bei denen Praktiker*innen die politischen Entscheider*innen konkret auf unnötige bürokratische Hürden hinweisen. Auch diese können helfen, gemeinsame Lösungen zu finden.

FPD

Bis zum Ende der von uns angegebenen Rückmeldefrist ist keine Antwort der Partei bei uns eingegangen.

Digitalisierung

5) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Digitalisierung im Gesundheitswesen und speziell im Bereich der Hilfsmittelversorgung voranzutreiben?

Linke

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Hilfsmittelversorgung auf sicheren finanziellen Strukturen steht. Hier wollen wir uns auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass die Vergütung auskömmlich ist.

CDU

Hinweis: Die Antworten der CDU ging erst nach der gesetzten Rückmeldefrist ein und wurden nachträglich ergänzt.

Wir werden ganz Thüringen zur ersten deutschen telemedizinischen Praxisregion machen. Bereits projektierte telemedizinische Lösungsansätze werden wir an die örtlichen Bedürfnisse anpassen und flächendeckend ausrollen.

Wir wollen die Hausärzte in Thüringen bei der Digitalisierung besser unterstützen. Hierzu bedarf es einheitlicher Standards inklusive Schnittstellen sowie einer Bündelung der Digitalisierungskompetenzen an einer Stelle, beispielsweise bei der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Verbesserung der digitalen Infrastruktur in Arztpraxen und Kliniken werden wir finanziell unterstützen. Wir wollen die elektronische Patientenakte durch eine klare und einfache Zugangs- und Widerspruchsregelung sowie mithilfe versorgungsrelevanter Inhalte und Anwendungen stärken.

Wenn Arzt und Apotheker gemeinsam die Medikation einsehen können, dann sind die Medikamente besser aufeinander abgestimmt. Wir wollen deshalb das gemeinsame Medikationsmanagement umsetzen und das erfolgreiche Projekt ARMIN flächendeckend ausrollen.

Inwieweit wir speziell die Hilfsmittelversorger darüber hinaus unterstützen können, werden wir prüfen

SPD

Damit Digitalisierung gelingt, müssen alle Akteure im Gesundheitswesen an einem Strang ziehen. Wir brauchen verlässliche Zielvorgaben mit klar umrissenen Zwischenzielen, zu denen sich alle Akteure verbindlich bekennen. Die SPD Thüringen möchte daher klare Rahmenbedingungen schaffen und die Verbände der Gesundheitsberufe miteinbeziehen. Zudem braucht es, damit die digitale Transformation gelingt, flächendeckende Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote. Die SPD Thüringen begrüßt daher, dass die Bundesregierung die gematik zur digitalen Gesundheitsagentur ausbauen wird, allen Versicherten eine DSGVO-konforme elektronische Patientenakte zu Verfügung stellt und telemedizinische Leistungen inklusive Arznei-, Heil- und Hilfsmittelverordnungen regelhaft ermöglicht.

Wir als SPD setzen uns dabei für die zeitnahe Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) als

Opt-Out-Lösung ein um eine flächendeckende Nutzung dieser Anwendung zu fördern. Eine funktionierende ePA ist für uns der Schlüssel zu einem vollständig digitalisierten Gesundheitswesen. Darüber hinaus werden wir im Rahmen des Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungsgesetzes (DVPMG) digitale Anwendungen in der Pflege einführen, die bereits existierenden DiGAs weiterentwickeln sowie die Nutzbarkeit des E-Rezepts sicherstellen. Darüber hinaus ist der Ausbau der Telematikinfrastruktur vorgesehen. Das DVPMG sieht in diesem Zusammenhang vor, dass die entsprechenden Erbringer der verordneten Leistungen (z.B. Pflegedienste oder auch die Heil- und Hilfsmittelerbringer) zum sukzessiven Anschluss an die Telematikinfrastruktur verpflichtet werden. Die ihnen dadurch entstehenden Kosten werden ihnen, genau wie den Ärztinnen und Ärzten, erstattet.

Außerdem unterstützen wir, dass die Vermittlung digitaler Kompetenzen in der Ausbildung der Gesundheitsberufe sowie in Fort- und Weiterentwicklung stärker berücksichtigt wird.

Grüne

Wir setzen auf eine konsequente Erarbeitung und Einführung einer landeseinheitlichen Digitalisierungsstrategie im Gesundheitswesen. Es braucht künftig ein Leitbild, klare und händelbare Verantwortlichkeiten und Prioritäten, verbunden mit gutem Datenschutz. Diese Strategie muss gemeinsam mit allen relevanten Akteur*innen im Gesundheitswesen entwickelt werden. Damit dieses Ziel gut verfolgt werden kann und um ihm die nötige Priorität zu verleihen, setzen wir uns für die Einführung eines eigenständigen Digitalministeriums ein, in dem alle IT-Prozesse, IT-Anschaffungen und Grundsatzfragen gebündelt werden.

FPD

Bis zum Ende der von uns angegebenen Rückmeldefrist ist keine Antwort der Partei bei uns eingegangen.

6) Wird sich Ihre Partei insbesondere für die gleichberechtigte Einbindung aller relevanten Leistungserbringer – inklusive der Hilfsmittelleistungserbringer – in die Telematik-Infrastruktur einsetzen?

Linke

Wir wollen uns dafür einsetzen.

CDU

Hinweis: Die Antworten der CDU ging erst nach der gesetzten Rückmeldefrist ein und wurden nachträglich ergänzt.

Wir werden prüfen, welche landesgesetzlichen Einflussmöglichkeiten auf die Telematik-Infrastruktur bestehen und inwieweit diese durch landesgesetzliche Maßnahmen verbessert werden kann.

SPD

Die Bundesregierung will ausdrücklich sämtliche Akteure an die Telematikinfrastruktur anbinden. Das unterstützen wir als SPD Thüringen voll und ganz. Die Digitalisierung bietet die Chance die Akteure im Gesundheitswesen miteinander zu vernetzen und Abläufe und Prozesse effizienter und schneller zu gestalten. Grundlage hierfür ist die Telematikinfrastruktur (TI). Sie ist die Basis für Dienste wie die elektronische Patientenakte (ePA). Ziel ist es, dass mittelfristig alle relevanten Akteure Teil der TI werden. Die Anzahl der Gruppen mit Anbindung an die TI wird daher seit Einführung stetig erweitert. Zuletzt wurden im Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) die Pflegeheime in diese Gruppe aufgenommen. Derzeit gibt es für die Leistungserbringer im Hilfsmittelbereich noch keine Möglichkeit sich an die TI-Infrastruktur anschließen zu lassen. Wir setzen uns vor dem obigen Hintergrund allerdings dafür ein, dass auch die Leistungserbringer im Hilfsmittelbereich mittelfristig an die TI-Infrastruktur angeschlossen werden. Dies wird im Rahmen des kommenden Digitalisierungsgesetzes geprüft.

Grüne

Die Telemedizin bietet große Chancen, gerade in der Anbindung und Versorgung von ländlichen Räumen. Damit Telemedizin in Zukunft gut funktioniert, braucht es möglichst einheitliche und verlässliche Lösungen. Diese müssen gemeinsam mit allen relevanten Akteur*innen entwickelt und erprobt werden, auch die Gesundheitshandwerke gehören hier dazu. Bei der Anbindung und Umsetzung der Telematik wollen wir alle Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen unterstützen.

FPD

Bis zum Ende der von uns angegebenen Rückmeldefrist ist keine Antwort der Partei bei uns eingegangen.

7) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die gesundheitliche Infrastruktur besser vor Cyberkriminalität zu schützen und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen der Gesundheitsbranche bei diesem Thema stärker zu unterstützen?

Linke

Wir wollen Möglichkeiten prüfen, wie die Sicherheit im Netz für Heilmittelerbringer gesteigert werden kann. Insbesondere sichere Netzumgebungen sind hier von hoher Bedeutung.

CDU

Hinweis: Die Antworten der CDU ging erst nach der gesetzten Rückmeldefrist ein und wurden nachträglich ergänzt.

Wir planen die zeitnahe Gründung und den Aufbau einer Cyber-Sicherheitsagentur in Kooperation mit der Thüringer Wirtschaft. Ziel ist es, dort sowohl die Bekämpfung von Cyberkriminalität zu bündeln als auch einen klaren Ansprechpartner, gerade für kleinere Firmen, zu etablieren. Die Firmen müssen dabei nicht nur bei der Schadensbekämpfung, sondern vor allem auch bei der Prävention Hilfe und Unterstützung erfahren.

SPD

Sicherheit im digitalen Gesundheitswesen ist die Grundlage für eine flächendeckende Nutzung digitaler Anwendungen. Ohne Vertrauen in die IT-Sicherheit kann die Digitalisierung des Gesundheitswesens nur scheitern. Cyberangriffe zeigen den deutlichen Handlungsbedarf in diesem Bereich. Dabei ist insbesondere die Modernisierung der TI-Infrastruktur von essentieller Bedeutung. Die Unternehmen sind in diesem Bereich unter Anwendung der gesetzlichen Grundlagen für die Sicherstellung der IT-Sicherheit selbst zuständig. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Mögliche Unterstützung – etwa durch eine Beratung beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) oder Investitionen in die IT- und Cybersicherheit – sind zu diskutieren.

Grüne

Wir erkennen an, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen oft nicht über die Ressourcen verfügen, um sich ausreichend gegen Cyberangriffe zu schützen. Deshalb planen wir spezielle Förderprogramme und Beratungsangebote, die diesen Unternehmen den Zugang zu modernen Sicherheitstechnologien und Schulungsmaßnahmen erleichtern sollen. Diese Unterstützung umfasst auch den Zugang zu zertifizierten IT-Sicherheitsdienstleister*innen und die Förderung von Kooperationen zwischen KMU und Forschungseinrichtungen, um innovative Sicherheitslösungen zu entwickeln.

Ein zentraler Aspekt unserer Strategie ist die verstärkte Aufklärung und Sensibilisierung. Wir setzen uns dafür ein, dass Schulungen und Informationskampagnen zu Cybersicherheit integraler Bestandteil des Weiterbildungsangebots im Gesundheitssektor werden. Dies soll sicherstellen, dass nicht nur IT-Fachleute, sondern auch die allgemeinen Mitarbeiter*innen besser auf mögliche Gefahren vorbereitet sind.

Außerdem werden wir uns auf Landes- und Bundesebene für die Schaffung eines rechtlichen Rahmens einsetzen, der den Schutz kritischer Infrastrukturen, wie die Gesundheitsversorgung, priorisiert. Dazu gehört die Erweiterung der Meldepflichten für Cyberangriffe und die Etablierung von Krisenreaktionsplänen, die speziell auf die Anforderungen der Gesundheitsbranche zugeschnitten sind.

FPD

Bis zum Ende der von uns angegebenen Rückmeldefrist ist keine Antwort der Partei bei uns eingegangen.

Einheitliche Umsatzsteuer auf Hilfsmittel

8) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass medizinische Hilfsmittel künftig einheitlich mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz belegt werden?

Linke

Wir werden uns dafür einsetzen, dass für alle medizinische Leistungen die gleichen Grundlagen

herrschen. Dazu gehört auch eine einheitliche Besteuerung.

CDU

Hinweis: Die Antworten der CDU ging erst nach der gesetzten Rückmeldefrist ein und wurden nachträglich ergänzt.

Die Umsatzsteuer liegt nicht im Zuständigkeitsbereich des Landes. Inwieweit eine Bundesratsinitiative zielführend sein könnte, werden wir prüfen.

SPD

Ja, die Absenkung der Mehrwertsteuer erachten wir – ähnlich wie im Bereich der Arzneimittel – für sinnvoll, weil sie zur Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung einen Beitrag leisten kann.

Grüne

Medizinische Hilfsmittel sind kein Luxusprodukt und sollten daher einheitlich mit einem ermäßigten Umsatzsteuersatz belegt werden. Schon heute sieht die EU-Richtlinie 2006/112/EG bereits vor, dass auf medizinische Geräte, Hilfsmittel und sonstige Vorrichtungen, die üblicherweise für die Linderung und die Behandlung von Behinderungen verwendet werden und die ausschließlich für den persönlichen Gebrauch von Behinderten bestimmt sind, einschließlich der Instandsetzung solcher Gegenstände einheitliche Umsatzsteuersätze angewendet werden können.

Die Gesetzgebungskompetenz für diesen Bereich des Steuerrechts liegt allerdings beim Bund und unterliegt nicht Landesrecht. Eine Prüfung, ob eine Vereinheitlichung des verminderten Umsatzsteuersatzes vorgenommen werden kann, erachten wir auch im Sinne der nötigen Entbürokratisierung für sinnvoll. Wir stehen darüber hinaus für eine grundlegende Überprüfung der Einstufung im Mehrwert- und Umsatzsteuersystem.

FPD

Bis zum Ende der von uns angegebenen Rückmeldefrist ist keine Antwort der Partei bei uns eingegangen.

Über „Wir versorgen Deutschland“ (WvD)

Das Bündnis **Wir versorgen Deutschland e.V.** setzt sich für eine qualitätsgesicherte, wohnortnahe und individuelle Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Die Mitglieder zählen zu den maßgeblichen Spitzenverbänden und Zusammenschlüssen von Leistungserbringern im Hilfsmittelbereich. Zu dem Bündnis gehören der Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik, die EGROH-Service GmbH, die ORTHEG eG, die Reha-Service-Ring GmbH, die rehaVital Gesundheitservice GmbH, die Sanitätshaus Aktuell AG sowie der Verband Versorgungsqualität Homecare e.V.

Berliner Büro

Lützowstraße 102-104
Aufgang C, 5. OG
10785 Berlin



info@wirversorgendeutschland.de

www.wirversorgendeutschland.de

[BT-Lobbyregister-Nr.:](#) R004824

[Verhaltenskodex BT-Lobbyregister](#)

Anmerkung: Evtl. Rechtschreib- und Grammatikfehler in den Antworten der Parteien wurden nicht korrigiert. Ggf. einleitende persönliche Anreden wurden entfernt. Erläuterungen und Verweise auf gleich lautende sowie fehlende Antworten sind kursiv markiert. Die Reihenfolge der Parteien orientiert sich an den Ergebnissen der vorherigen Wahl. Für die Inhalte und Aktualität von ggf. in den Antworten der Parteien vorhandenen Verlinkungen sind ausschließlich die jeweiligen Parteien verantwortlich.

Stand: August 2024